



Stopp der Ausbeutung auf den WM-Baustellen Katars

28. April ist Welttag der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz

Anlässlich des Welttages für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz am 28. April habe ich gemeinsam mit den NationalrätInnen Katharina Kucharowits und Josef Muchitsch auf die fatale Situation auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar 2022 aufmerksam gemacht. Aktuell wird dort nämlich unter katastrophalen Arbeitsbedingungen gearbeitet. Diese haben bereits über 1.200 ArbeiterInnen vorwiegend aus Nepal und Indien das Leben gekostet. Bei extremer Hitze und fehlender Gesundheitsversorgung arbeiten Schätzungen zufolge 500.000 WanderarbeiterInnen für das Fussball-Großereignis.

Es ist eine Schande, dass für die Fußball-WM ArbeiterInnen unter sklavenähnlichen Umständen Stadien bauen. Nicht-hygienische Zustände in den Unterkünften, das Arbeiten bei extremen Temperaturen

und verzögerte Entlohnung stehen laut öffentlichen Berichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Amnesty International auf der Tagesordnung.

Aktive Gewerkschaft

Die Gewerkschaftsbewegung ist natürlich auch in der Frage von Sportgroßveranstaltungen aktiv. Österreichische und internationale Gewerkschaften engagieren sich seit Jahren dafür, bessere Arbeitsbedingungen in Katar zu erreichen und die menschenunwürdigen Zustände international bekannt zu machen. Wenn es im Fußball internationale Spielregeln gibt, die von allen Ländern anerkannt werden, warum gibt es dann nicht auch anerkannte internationale Spielregeln beim ArbeitnehmerInnenschutz? Vor dem 1. Mai, dem Tag an dem die ArbeitnehmerInnenrechte gefeiert werden,

forderten wir daher klare Vergaberichtlinien für Sportgroßveranstaltungen, die von den Verbänden, in denen Österreich vertreten ist, veranstaltet werden. Die FIFA, das olympische Komitee und ähnliche Verbände müssen sich dazu bekennen, dass nur mehr Länder einen Zuschlag bekommen, die Mindeststandards an ArbeitnehmerInnenrechten, Umweltauflagen und Medienfreiheit haben und diese auch einhalten.

Agenda 2030

Wir sind uns einig, dass Sportgroßveranstaltungen sich in Zukunft an den von der internationalen Staatengemeinschaft im Jahr 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals, der Agenda 2030, orientieren und damit der Ausbeutung in der Sportindustrie eine klare Absage erteilen sollen.

Workers' Memorial Day

Der Workers' Memorial Day ist ein internationaler Tag des Gedenkens an ArbeiterInnen, die aufgrund von Arbeit getötet, verstümmelt beziehungsweise verletzt wurden oder erkrankt sind. Dieser Gedenktag findet jedes Jahr am 28. April statt.

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte direkt an mich unter:
petra.bayr@spw.at



Katharina Kucharowits, Petra Bayr und Josef Muchitsch

Auszeichnung für Demokratieverteidigerin Nadia Murad

Parlamentarisches Netzwerk vergibt jährlichen Preis

Bei der jüngsten Sitzung des Vorstands des parlamentarischen Netzwerkes Parliamentarians for Global Action (PGA) im Juni haben wir abgestimmt, an wen dieses Jahr die Auszeichnung der DemokratieverteidigerInnen vergeben werden soll. Ich habe vorgeschlagen, Nadia Murad zu nominieren und fand erfreulicherweise breite Zustimmung. Damit war ich zum zweiten Mal in drei Jahren mit meinem Vorschlag erfolgreich. Der Preis wird Ende des Jahres im Zuge des Jahresforums von PGA in Mailand verliehen.

Nadia Murad

Nadia Murad wurde 1993 in Kocho im Irak geboren. Die irakische Menschenrechtsaktivistin ist Überlebende des Genozids an den Jesiden im Jahr 2014 und seit September 2016 die erste Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen für die Würde der Überlebenden von Menschenhandel.

Die Jesidin Nadia Murad wurde am 3. August 2014 von der terroristisch agierenden islamisch-fundamentalistischen Miliz Islamischer Staat (IS) aus ihrem Heimatdorf Kocho entführt und geriet in Gefangenschaft. Bei diesem Überfall durch IS-Terroristen verlor sie ihre Mutter und sechs Brüder. Sie wurde vom IS versklavt, mehrfach vergewaltigt und gefoltert. Murad gelang von Mossul aus die Flucht mit Hilfe einer muslimischen Familie in ein Flüchtlingslager im kurdischen Grenzgebiet nahe Dohuk.

Im März 2015 erfuhr sie im Flüchtlingslager vom „Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak“, einem Landessonderkontingent des Landes Baden-Württemberg, das 1.000 traumatisierten Frauen und Kindern aus dem

Nordirak die Chance auf psychotherapeutische Betreuung und einen Neuanfang in Deutschland bot. Nadia Murad bewarb sich gemeinsam mit ihrer Schwester erfolgreich um Aufnahme in das Programm und lebt seitdem in Deutschland.

Auszeichnung durch die UN

Bereits früh sprach sie öffentlich über das Erlebte und über das Schicksal ihres Volkes, darunter im Dezember 2015 auch vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Am 16. September 2016 wurde sie dafür in New York vom damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon als „kämpferische und rastlose Verfechterin des jesidischen Volkes“ ausgezeichnet und zur „Sonderbotschafterin für die Würde der Überlebenden von Menschenhandel“ des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) ernannt. „Die Jesidin hat in Händen der Terrormiliz unsäglichen Missbrauch und Menschenrechtsverletzungen erlitten und großen Mut dabei bewiesen, nun gegen solche Verbrechen anzukämpfen“, begründete Ban.



Nadia Murad

Murad kämpft seit Ende ihrer Gefangenschaft und ihrer Flucht nach Deutschland für die Anerkennung des Völkermordes an den Jesiden und spricht insbesondere die Situation der Frauen in Gefangenschaft an. Sie mahnt die internationale Gemeinschaft, nicht tatenlos zu bleiben, und setzt sich für eine internationale Strafverfolgung der IS-Verbrechen ein. „Der Islamische Staat will die organisierte Zerstörung des jesidischen Volkes“, sagte sie. Seit September 2016 wird sie dabei von ihrer Anwältin Amal Clooney unterstützt, die IS-Verbrechen vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Insgesamt wurden etwa 6500 JesidInnen entführt, darunter 3500 Frauen und Mädchen, von denen noch immer rund 1700 in IS-Gewalt sind. Knapp 1300 Personen gelten als vom IS getötet, geschätzte 2700 Kinder wurden dadurch zu Waisen.

Parliamentarians for Global Action



PGA ist eine Nicht Regierungsorganisation, die Abgeordnete nationaler Parlamente in deren Einsatz für die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Nicht-Diskriminierung, menschliche Sicherheit und Gendergerechtigkeit vereint.

Ich bin seit 2016 Kassierin von PGA und damit im Vorstand und im Management Komitee. Gegenwärtig arbeite ich bei PGA vor allem am Entwickeln einer Kampagne zum Schutz der Ozeane, wobei der menschenrechtliche Aspekt im Vordergrund steht. Dabei geht es etwa darum, das durch verschmutzte Meere gefährdete Recht auf Nahrung zu schützen.

Hochzeitskleid statt Schuluniform

"Mutternacht" macht auf die weitreichenden Folgen von Kinderehen aufmerksam

Schon seit vielen Jahren mache ich gemeinsam mit der Plattform Mutternacht auf Müttersterblichkeit in Ländern des globalen Südens aufmerksam. Heuer haben wir das Thema Kinderehe zu unserem Schwerpunkt erklärt. Denn jährlich werden 15 Millionen Mädchen vor dem 18. Geburtstag verheiratet. Für Mädchen in 26 Ländern weltweit ist es wahrscheinlicher verheiratet zu werden, als eine Schule zu besuchen. Die gesundheitlichen, ökonomischen und sozialen Folgen der Kinderehe weltweit – auch in Österreich – sind beträchtlich: 62 Millionen Mädchen gehen nicht in die Schule, 70.000 Mädchen, vorwiegend in Entwicklungsländern, sterben jedes Jahr aufgrund von Komplikationen bei Schwangerschaft oder Geburt.

Keine Daten

Im Gegensatz zu Deutschland existiert über die Zahl der im Ausland geschlossenen Ehen Minderjähriger in Österreich kein Datenmaterial. Mehrere Anfragen an die zuständigen Ministerien über Ausmaß und gelebte Praxis von Ehen bei Minderjährigen in Österreich wurden bisher abschlägig beantwortet. Im Vergleich dazu wurden in Deutschland Zahlen veröffentlicht: Im Juli 2016 waren in Deutschland 1475 Minderjährige mit Migrationshintergrund als verheiratet registriert, die meisten waren zwischen 16 und 18 Jahre alt.

Ehe als Schutz?

„Die Verheiratung von jungen Mädchen wird in der Herkunftsfamilie oft als Sicherheitsmaßnahme von den Eltern angestrebt, um die Versorgung sowie den Schutz vor Gewalt und sexuellen Übergriffen zu gewährleisten“, berichtete Monika Pinterits, Kinder- und Jugendanwältin von Wien, die sich heuer der öster-

reichischen Plattform angeschlossen hat. „Gleichzeitig werden früh verheiratete Mädchen und Buben ihrer essentiellen Rechte beraubt: Ihrem Recht, Kinder bzw. Jugendliche zu sein sowie dem Recht auf Schutz, Wahrung ihrer Interessen sowie Bildung. Der Eintritt in eine Ehe steht für die überwiegend betroffenen Mädchen sehr oft am Beginn einer Reihe von Benachteiligungen gegenüber unverheirateten Mädchen.“

Kinderehen sind oft Teil von Bewältigungsstrategien in Krisensituationen. Meist passiert das unter der falschen Annahme, dass die Verheiratung eines jungen Mädchens, vor allem in einer unsicheren und instabilen Notlage, schützende Effekte hätte. Diese Ehen sind jedoch der direkte Weg in andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Mehr noch: Werden Kinder verheiratet, ist das lebensbedrohlich. Das Risiko, bei der Geburt eines Kindes zu sterben, ist für Mädchen unter 15 Jahren fünfmal höher als für Frauen in ihren 20ern.

Ehe als Gefahr!

„Mehr als 700 Millionen Frauen weltweit waren bei ihrer Hochzeit jünger als 18 Jahre. Jede dritte von ihnen war sogar jünger als 15“, berichtete Julia Alfordari, Gender-Expertin bei der NGO CARE Österreich.



Julia Alfordari und Petra Bayr

Die NGO ist seit einigen Jahren fixer Bestandteil der Plattform Mutternacht. Die weit verbreitete Annahme, dass von Armut betroffene Mädchen durch Kinderehen geschützt werden, entspricht nicht der Realität: Durch Kinderehen steigt die Gefahr für Mädchen Opfer von sexualisierter Gewalt zu werden, ihnen wird eine schulische Ausbildung und somit ein Recht auf eine Zukunft verwehrt, zudem sind Mädchen durch Kinderehen oftmals fatalen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, berichtete Alfordari bei der Pressekonferenz.

Um diesem Teufelskreis ein Ende zu setzen, setzt sich CARE sowohl im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als auch der Nothilfe gegen Kinderheirat ein.

Gesetze leben

Als Initiatorin der Plattform Mutternacht und als Abgeordnete zum Nationalrat habe

ich bei der Pressekonferenz das Augenmerk auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Verhinderung dieser Menschenrechtsverletzungen gelegt:

„Dass beschlossene Gesetze aber auch eingehalten werden, passiert nicht automatisch. Um Kinderehe mit allen Gefahren und Risiken zu beseitigen, braucht es vor allem einen Bewusstseinswandel in den jeweiligen Ländern. Zivilgesellschaftliche und staatliche Organisationen müssen dafür Zeit und Ressourcen in Bildung, Aufklärung und Präventionsarbeit investieren. Dabei kann es sich auch um finanzielle Mittel der Entwicklungszusammenarbeit handeln, somit ist auch Österreich gefordert, einen Beitrag zu leisten.“



Roter Pullover für den Wiener Samariterbund

Kompetente und einfühlsame Unterstützung für Flüchtlinge

Den „roten Pullover gegen die soziale Kälte“ verliehen die Favoritner SPÖ Frauen im Rahmen unserer Jahreskonferenz am 13. März heuer an das Team des Wiener Samariterbunds rund um Martina Specht, Claudia Kvarda und Nona Osterfeld. Unsere Wahl habe ich meiner Laudatio so begründet: „Viele von uns haben die ankommenden Flüchtlinge nur aus Zeitungen, nur in Zahlen wahrgenommen. Das Team des Samariterbundes hat sich kompetent und einfühlsam um die konkreten Menschen und Schicksale hinter diesen Zahlen gekümmert.“

Zeitweise waren einige hundert Flüchtlinge darunter viele Frauen und Kinder im ehe-

maligen Favoritner Arbeiterheim untergebracht. Schulplätze, Sprachkurse und der Einstieg in den Arbeitsmarkt waren nureinige der Aufgaben, die zu organisieren waren.

Unterrichtsministerin Sonja Hammerschmid, die Gast bei der Favoritner SPÖ Frauen Konferenz war, ließ es sich nicht nehmen, die Auszeichnung für soziales Engagement zu überreichen.



Katrin Gaal, Brigitta De Becker-Zentner, Petra Bayr

Martina Specht, Sonja Hammerschmid, Claudia Kvarda

Verleihung des C3-Awards 2017

Entwicklungspolitische Nachwuchsforschung ausgezeichnet

Ende Mai hatte ich die Ehre, mich an der heurigen Verleihung des C3 Awards zu beteiligen. Dabei luden die im C3 ansässigen entwicklungspolitischen Organisationen ein, um die Übergabe des C3-Awards für Vorwissenschaftliche (Diplom-) Arbeiten im Bereich Internationale Entwicklung zu feiern.

Insgesamt 93 SchülerInnen aus ganz Österreich haben ihre Arbeiten zu entwicklungspolitischen Themen eingereicht. Dabei war die Bandbreite der Themen groß: Flucht und Migration, Handelspolitik, Genderfragen und globale Ungleichheit sowie strukturelle Machtverhältnisse. Das Engagement junger ForscherInnen globale Zusammenhänge aufzuzeigen und die eigene Lebensweise kritisch zu beleuchten, war beeindruckend.

Die acht prämierten Arbeiten weisen eine differenzierte Herangehensweise an die

komplexen Themen auf. Inhaltlich reichten sie von Menschenhandel über bedingungsloses Grundeinkommen bis hin zu den Sustainable Development Goals. Gearbeitet wurde theoretisch, analytisch und oftmals auch empirisch. Hier ein Beispiel:

Änderung des Konsumverhaltens durch Aufklärung

Alma Stastny (BORG 2700 Wiener Neustadt) beschäftigt sich in ihrer Vorwissenschaftlichen



Penny bei der Übergabe des Awards mit Ulrike Lunacek

Copyright: ÖFSE/Karin Sumetzberger

Arbeit mit der Frage, ob vermehrte Aufklärung unser Konsumverhalten ändern könne. Diese behandelt sie am Beispiel der Textilindustrie in Bangladesch. Zu Beginn beschreibt sie die Arbeitsbedingungen von TextilarbeiterInnen in Bangladesch und geht dann zu Wachstum und Wandel von Öko-Mode über. Als Fazit hält sie fest, dass Aufklärung durchaus zu Veränderung führen kann. Wichtig sei immer zu bedenken, dass „man zwar alleine einiges bewirken kann, im Kollektiv jedoch noch viel mehr“.

Nach der Wertschätzung der Arbeiten und Verleihung der Preise luden die Band Satuo und ein reichhaltiges regional-biologisches Buffet zum weiteren Austausch und feierlichen Ausklang des Abends ein. Eine wirklich inspirierende Veranstaltung, voller Ideen und tatkräftiger junger Menschen, die wir im Herbst ins Parlament einladen werden.